

Bundeshaushalt 2027: Kürzung bei Gewaltschutz und Bekämpfung des Menschenhandels zurücknehmen

Berlin, den 04.09.2026

Sehr geehrte Abgeordnete,

wir wenden uns mit großer Sorge an Sie. Nach den uns vorliegenden Haushaltsinformationen sind Kürzungen im Plan 17 des BMBFSFJ bei dem Titel „Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Träger und für Aufgaben der Gleichstellungspolitik zu Gewaltschutz und -prävention sowie Bekämpfung des Menschenhandels“ um 474.000 Euro vorgesehen.

Diese Kürzung betrifft somit den Titel, der die Strukturen, die Gewaltschutz und die Bekämpfung des Menschenhandels bundesweit fachlich absichert. **Die Reduzierung der Mittel droht auch die Handlungsfähigkeit der zentralen Bundesvernetzungsstellen wie Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK), Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) und Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel - KOK e.V. drastisch einzuschränken.**

Schon eine stagnierende Förderung bedeutet angesichts steigender Tarif-, Personal- und Sachkosten eine reale Kürzung. Bereits bei der letzten Förderperiode mussten erhebliche Einsparungen bei uns Trägern vorgenommen werden, die auch Personalressourcen betrafen. **Weitere Kürzungen würden unmittelbar zulasten der fachpolitischen Arbeit gehen.**

Gleichzeitig steigen die Anforderungen: Aktuelle Gesetzesvorhaben - etwa zum Gewalthilfegesetz, zum Gewaltschutzgesetz, gegen Menschenhandel, Prostituiertenschutz, zum FamFG, zum Kindschaftsrecht oder gegen digitale Gewalt – brauchen unsere Expertise aus der Praxis. Wir bündeln diese Erfahrungen aus Frauenhäusern, Fachberatungsstellen und spezialisierten Unterstützungsangeboten und bringen sie in Gesetzgebung und Umsetzung ein. Diese Verbindung zwischen Praxis und Politik leistet in dieser Form niemand sonst. Damit ein Hilfesystem die Betroffenen gut unterstützen kann, braucht es starke zentrale Vernetzungsstrukturen, für Innovation, für fachliche Weiterentwicklung und für Qualitätssicherung. Dies wird durch Organisationen wie uns gewährleistet.

Angesichts des enormen Ausmaßes der Gewalt wäre es ein fatales Signal, ausgerechnet bei den Strukturen zu kürzen, die dafür sorgen, dass Gesetze nicht nur beschlossen werden, sondern in der Praxis wirken.

Wir bitten Sie daher dringend, sich im Haushaltsverfahren dafür einzusetzen, die Kürzung vollständig zurückzunehmen und den Ansatz mindestens tarif- und inflationsgerecht zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen



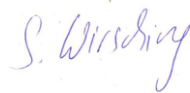
Sibylle Schreiber
Geschäftsführerin
Frauenhauskoordinierung e.V.



Katja Grieger
Geschäftsführerin
bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und
Frauennotrufe



Dr. Sangeetha Manavalan-Thoppil
Geschäftsführerin
bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und
Frauennotrufe



Sophia Wirsching
Geschäftsführerin
KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen
Menschenhandel e.V.